



Stadtratsfraktion Lebach

Anna Schmidt * Am Schützenberg 34 * 66822 Lebach * **30.11.2004**

Stellungnahme der SPD Stadtratsfraktion zum Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2005 (Sondervermögen „Fonds Kommune 21“)

Das Gesetz über das Sondervermögen K21 sieht vor, dass Städte und Gemeinden, die Zuweisungen aus diesem Fördertopf erhalten wollen einen Mindestbetrag an strukturellen Haushaltsverbesserungen nachweisen müssen. Auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2001 muss mindestens 1 Prozent des Gesamtfehlbetrages eingespart werden. Im Falle der Stadt Lebach bedeutet dies eine Einsparung in Höhe von mindestens 78.000,- €.

Die Stadtverwaltung schlägt hierzu folgende Maßnahmen vor:

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B	70.000,- €
Erhöhung der Friedhofsgebühren	37.400,- €
Neufestsetzung der Kindergartengebühren	15.000,- €
Erhöhung der Eintrittspreise für das Hallenbad	15.000,- €
Nichtbesetzung freierwerdender Stellen	87.000,- €
 zusammen	 223.400,- €

Die vorgeschlagenen Maßnahmen belasten größten Teils unsere Bürgerinnen und Bürger. Diese Belastungen treffen die Menschen in einer Zeit,

- in der die Ersten weniger oder gar kein Weihnachtsgeld mehr bekommen haben,
- in der die Energiepreise dramatisch angestiegen sind und weiter ansteigen werden (Öl und Gas),
- in der die Abwassergebühren in Lebach zum 1.1.2005 um 9,6 % steigen werden (Beschluss VEL vom 29.12.04) und
- in der die Müllgebühren um bis zu 20 % steigen werden (SZ vom 27.11.2004).

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die vorgeschlagenen Steuer und Gebührenerhöhungen ab. Um Mittel aus dem Programm K21 zu erhalten hat die SPD-Fraktion in

der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 30.11.2004 folgende Vorschläge gemacht, die bereits im Verwaltungsentwurf des Haushaltes vorgesehen sind:

Nichtbesetzung freiwerdender Stellen	87.000,- €
Einsparungen beim Betriebskostenzuschuss für das Lebacher Hallenbad	85.000,- €
Reduzierung der Geschäftsausgaben	15.600,- €
Verringerung des Schuldendienstes durch die Auflösung der allgemeinen Rücklage	18.000,- €
zusammen	205.600,- €

Diese Maßnahmen führen zu Zahlungen aus dem Fonds K21 ohne unsere Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Außerdem gibt die SPD Fraktion zu bedenken, dass zurzeit noch völlig unklar ist, wie die Rückzahlungsmodalitäten der K21-Gelder ab 2006 aussehen werden. Es steht zu befürchten, dass die saarländischen Kommunen vor dem Hintergrund der desolaten Finanzlage des Landes mit Zins und Zinseszins an der Rückzahlung dieses Darlehens beteiligt werden.